

Untersuchungen zu theoretischen und historischen Problemen der Nachkriegszeit

Werner Koch, *Heinemann im Dritten Reich. Ein Christ lebt für morgen.* Mit einem Geleitwort von Eberhard Bethge, Aussaat Verlag, Wuppertal 1972, 224 S., Ln., 22 DM.

Diether Koch, *Heinemann und die Deutschlandfrage*, Chr. Kaiser Verlag, München 1972, 570 S., Ln., 34 DM.

Joachim Braun, *Der unbequeme Präsident.* Mit einem Vorwort von Siegfried Lenz, C. F. Müller Verlag, Karlsruhe 1972, 298 S., Ln., 25 DM.

Zur gleichen Zeit – im Jahre 1972 – wurden drei Studien über Gustav W. Heinemann, Präsident der BRD von 1969 bis 1974, vorgelegt. Sie behandeln unterschiedliche Abschnitte im Leben des Bundespräsidenten, verfolgen jedoch, wie Diether Koch¹ anmerkt, den gemeinsamen Zweck, den Christen und Politiker Heinemann vorzustellen². Damit verbindet der Autor zwei Absichten: Einmal will er »die Person [...] aus seiner Vergangenheit deutlicher [...] erklären. Zum anderen ist eine solche Darstellung aber auch als Beitrag für die gegenwärtige Diskussion um die rechte Ostpolitik der Bundesrepublik nützlich«³. Die letzte Bemerkung ist zwar eher aus dem Kontext des Jahres 1972 verständlich, sie hat jedoch ihre Aktualität auch im Jahre 1975 noch nicht verloren.

Diether Koch deutet mit diesen Bemerkungen gleichzeitig seine politischen Intentionen an, die er mit der Veröffentlichung über den Kampf Heinemanns gegen die Adenauersche Außenpolitik verfolgt. Werner Koch⁴ und Joachim Braun⁵ argumentieren in diesem Punkt in ihren Arbeiten wie Diether Koch. Sie verweisen immer wieder ausdrücklich auf die Studie über die Deutschlandfrage.

Alle drei Veröffentlichungen verfolgen zwei gleiche Absichten: Einmal geht es um einen Beitrag zur politischen Biographie Gustav W. Heinemanns, und zum anderen sollen in der Darstellung seiner Person, seiner politischen Absichten und seiner politischen Kämpfe demokratische Tendenzen sichtbar gemacht werden, die sich im Laufe der Geschichte der BRD nicht durchsetzen konnten. Nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition im Jahre 1969 soll an diese demokratischen Alternativen aus den fünfziger und vierziger Jahren erinnert werden. Der Begriff »Bürgerpräsident«⁶ kann als Metapher für diese auf eine demokratische Entwicklung des politischen Systems der BRD angelegte Tendenz verstanden werden.

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf die Beschreibung der Erklärungselemente, die die Autoren anbieten, um Denken und Handeln des Politikers Gustav W. Heinemann zu verstehen. Die Arbeiten von Werner Koch und Diether Koch sind in diesem Fragenkomplex eng aufeinander bezogen. Werner Koch weist darauf hin, daß Diether Koch »der Frage, was die Zugehörigkeit zur Bekennenden Kirche für das politische Leben

1 *Diether Koch*, *Heinemann und die Deutschlandfrage*, München 1972.

2 *Ebda.*, S. 12.

3 *Ebda.*

4 *Werner Koch*, *Heinemann im Dritten Reich*, Wuppertal 1972.

5 *Joachim Braun*, *Der unbequeme Präsident*, Karlsruhe 1972.

6 *Ebda.*, S. 1.

Heinemanns damals wie heute bedeutet, [...] in seinem [...] Buch [...] nachgegangen«⁷ ist. Werner Koch stellt nun im Zusammenhang dar, »wie dieser Weg mit der Bekennenden Kirche verlaufen ist und wie er von dort nach 1945 erneut in die Politik geführt hat«⁸. Werner Koch veröffentlicht eine Reihe von Dokumenten, die bisher unbekannt waren, und wertet vor allem das Tagebuch Heinemanns aus der Zeit von 1935 bis 1948 aus⁹. In der Studie zeichnet der Verfasser die Etappen des Kirchenkampfes nach, wobei dies oft zu knapp ausfällt, weil der Person Heinemanns zu viel Aufmerksamkeit gewidmet wird. Außerdem überwiegt in der Beurteilung die Sympathie, so daß keine Distanz feststellbar ist, geschweige denn kritische Untertöne laut werden.

Werner Koch sieht den Kern der Persönlichkeit von Heinemann in den »Beziehungen zwischen Weltanschauung, Religion oder Glauben einerseits und politischen Zielsetzungen und Entscheidungen andererseits«¹⁰. Voraussetzung für Heinemanns politische Betätigung waren »die Vorentscheidungen, die durch seine Bejahung des christlichen Glaubens gegeben sind«¹¹. Das Verhältnis »von Politik und Glauben« wird »als das Verhältnis eines Vordergrundes zu seinem Hintergrund oder einer Oberfläche zu der Beschaffenheit ihres Untergrundes«¹² verstanden. »So kam es bei Heinemann zu einer für den deutschen Protestantismus ganz ungewöhnlichen Verbindung von linksliberalem Bürgersinn und einem realistisch-biblischem Glauben, der ganz auf praktische Betätigung im Rahmen der bestehenden Kirche gerichtet war«¹³. Der Kirchenkampf führte bei Heinemann zu Einsichten, die für sein späteres Wirken von Bedeutung sind. »So oft [...] er [...] nach 1945 von seinen Einsichten sprach, die er im Dritten Reich gewonnen hatte, hat er die ›Stuttgarter Erklärung‹ vom Oktober 1945 damit in Verbindung gebracht«¹⁴. Diese Erklärung war für ihn »Dreh- und Angelpunkt seiner politischen Anschauungen«¹⁵.

Die Stuttgarter Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands, die von Heinemann als Ratsmitglied mit ausgearbeitet wurde, ist auch nach Meinung von Diether Koch zentral für das Denken und Handeln des späteren Bundespräsidenten. »Männer der Kirche bekannten hier als Glieder ihres Volkes ihre eigene Schuld in einer Form, die keine Trennung zwischen einer politischen, kirchlichen und privaten Ebene vornahm«¹⁶. Dieses grundsätzliche Bekenntnis zur Schuld war nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der Kirche umstritten.

Diether Koch identifiziert sich seinerseits mit dem Inhalt der Stuttgarter Schulderklärung von 1945. Er gewinnt aus ihr seinen Bewertungsmaßstab für die Beurteilung des politischen Handelns von Gustav W. Heinemann. »So soll im folgenden unter steter Berücksichtigung der ›weltlichen‹ Maßstäbe geschichtlicher Beurteilung doch auch, gerade an die Christen die Frage gestellt werden, wie sie ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen in der Politik entsprochen haben«¹⁷. Dieser Ansatz gewinnt seine Bedeutung bei der Analyse der Beziehungen zwischen Heinemann und Adenauer, in der Analyse der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der CDU und der innerkirchlichen Divergenzen über die Politik des ›radikalen‹ Befürworters der deutschen Einheit. Dieser Ansatz rechtfertigt das Handeln Heinemanns und verurteilt das Vorgehen der Gegner, denen man leicht unterstellen kann, daß sie nicht aus christlicher Verantwortung gehandelt haben. Diese methodischen Bedenken

7 W. Koch, S. 9.

8 *Ebda.*

9 *Ebda.*, S. 10.

10 *Ebda.*

11 *Ebda.*

12 *Ebda.*, S. 11.

13 *Ebda.*, S. 24.

14 *Ebda.*, S. 193.

15 *Ebda.*

16 D. Koch, S. 30.

17 *Ebda.*, S. 33.

schmälern jedoch nicht die Leistung von Diether Koch, der in einer sehr materialreichen Studie die deutschlandpolitische Konzeption und die Aktivitäten Heinemanns in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren untersucht.

Die Ausgangsfrage nach den Erklärungselementen für politisches Handeln ist von Werner Koch und Diether Koch in gleicher Weise beantwortet worden: Heinemanns Weg als Politiker ist von seinem Engagement als evangelischer Christ nicht zu trennen. Er lebt aus seinem christlichen Glauben, und nach seinem Verständnis gibt es keine Trennung von Glaube, Politik und privater Existenz. Beide Autoren verbinden mit der ›Erklärung‹ der Persönlichkeits- und Handlungsstruktur Heinemanns auch eine Rechtfertigung seines Wirkens, das wiederum aus der Sicht der siebziger Jahre deutlich als vorbildlich für eine demokratische Existenz in der BRD herausgestellt wird. Diesem Urteil schließt sich auch Joachim Braun in seinem Buch an¹⁸.

Die Veröffentlichung von Braun ist eine Zwischenbilanz der Präsidentschaft von Gustav W. Heinemann. ›Unbequem‹ ist der Präsident einmal deshalb, weil er den Bürger dazu zwingt, seine Vorstellung von einem Staatsoberhaupt zu ändern. Andererseits setzt Heinemann in seinen Erklärungen und Aktivitäten Akzente, die mit dazu beitragen sollen, demokratische Alternativen sichtbar und durchsetzbar zu machen. Neben einer Skizze über die Herkunft und die politische Entwicklung des Präsidenten enthält die Studie ein Persönlichkeitsbild Heinemanns und ein Tätigkeitsprotokoll über einen Tag in der Amtszeit des Bundespräsidenten. Dafür hat der Autor den Tag des Mißtrauensvotums gegen den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt ausgewählt.

Die wichtigsten Erklärungselemente für die Beschreibung des Handelns von Präsident Heinemann sieht Braun wie Werner und Diether Koch. »Politik ist also für Heinemann ein weltliches Geschäft. Die christliche Verantwortung, aus der er sie betreibt, diktiert nicht die Entscheidung von Einzelfragen. Zu Einzelfragen kann es unter Christen selbstverständlich Meinungsunterschiede geben. Bei ihnen sind Kompromisse oftmals notwendig. Die Grenze der Kompromißbereitschaft ist für Heinemann erst dort erreicht, wo das Gewissen sein Recht fordert«¹⁹.

Die drei Studien sind Beiträge zu einer Biographie über den Politiker Gustav W. Heinemann. Die teilweise zu starke Identifikation der Verfasser mit der Person Heinemanns verringert die Möglichkeit und die Fähigkeit zu kritischer Distanz, die auch und gerade der Biograph beachten muß.

Kurt Schmitz

Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland (= Hoffmann und Campe Reader), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1973, 597 S., Pb., 29,80 DM.

Mit diesem Reader wird versucht, einen Überblick über die wichtigsten Probleme des modernen politischen Parteiwesens in der Bundesrepublik Deutschland zu geben. Flechtheim legte bei seiner zwangsläufig exemplarischen Auswahl Wert darauf, in erster Linie Selbstzeugnisse der Parteien heranzuziehen. Insgesamt werden 124 Dokumente abgedruckt, zum Teil auszugsweise und nicht ohne editorische Mängel (vgl. etwa die fehlende Datierung bei der Wiedergabe von Auszügen aus dem Grundsatzprogramm der Jungen Union, S. 475 ff.). Die Systematik ähnelt weitgehend derjenigen, in die Flechtheim seine monumentale Sammlung »Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945« (1962–1971) gliederte. Der Reader enthält fünf Hauptgruppen, denen jeweils eine Einführung von etwa zehn bis zwanzig Seiten vorausgeschickt ist: I. Porträt der Partei und des Parteiensystems (Entstehung, Entwicklung und Problematik); II. Programmatik; III. Rechtsstellung (Parteiengesetz, Satzungen usw.); IV. Binnenstruktur (Mitgliederbewegung

18 *Ebda.*

19 *Ebda.*, S. 34 f.